

Südeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Südeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu besuchen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.80, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Seite 50 Pf., deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 284.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Ja, wir haben die Kredite bewilligt!

Seit Jahren lebte die deutsche Sozialdemokratie mit einem Teil ihrer früheren Parteigenossen und noch mehr mit den Sozialisten des Auslandes in Zank und Streit, weil sie die Kriegskredite bewilligte.

Besonders waren es die französischen Sozialisten, die sich über diesen angeblichen Verrat an der Internationale gar nicht genug entrüstet konnten. Sie selber bewilligten zwar die Kriegskredite, rieten aber den Deutschen, sich schlagen zu lassen und Revolution zu machen, dann würden sie schon dafür sorgen, daß der abzuschließende Frieden kein Frieden der Nachsicht und der Erniedrigung, sondern ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, ein Verständigungsfrieden sein werde.

Wir fanden diese Beweisführung nicht ganz einleuchtend, sondern meinten, in einem nun einmal entfesselten Kriege müsse ein jedes Volk sich seiner Haut wehren, so gut es könne. Auf den Verständigungsfrieden, den wir nach unserer Niederlage erhielten, wollten wir uns nicht verlassen, sondern wir wünschten, daß ein solcher Frieden geschlossen würde, noch ehe die deutsche Widerstandskraft erschöpft sei. So kämpften wir während des ganzen Krieges gegen zwei Fronten: gegen die Franzosen, die glaubten, ein Krieg, den eine kleine Minderzahl gegen eine erdrückende Übermacht führt, sei eine Gelegenheit, Beute zu machen, und gegen die Gütgläubigen, die meinten, es bedürfe nur des Sieges der Entente und des Sturzes der deutschen Machthaber, um das Glück der ganzen Welt, auch des deutschen Volkes, herbeizuführen.

Heute ist das linke Rheinufer von den Gegnern besetzt, Deutsche stehen unter feindlicher Besatzung. General Foch steigert mit jedem Tag seine Forderungen und droht mit Abruch des Waffenstillstandes, d. h. mit der Belebung des ganzen widerstandslos gewordenen Deutschland. In Tülich, wo die Belgier eingerückt sind, müssen Zivilpersonen beim Nahen belgischer Offiziere den Bürgersteig verlassen und den Hut abnehmen. Von den französischen Sozialisten hören wir aber nichts.

Dies alles ist vielleicht erst ein kleiner Anfang. Aber wir geschehen, das haben wir nicht gewollt, und darum haben wir die Kredite bewilligt.

Unsere früheren Parteigenossen, die jüngsten Unabhängig, sagten uns, wir zerstörten durch unsere Kreditabstimmung die Aussichten einer internationalen Friedenslösung. Würden wir durch Ablehnung der Kriegskredite unsere Kriegsgegnerschaft dokumentieren, so würden die Franzosen dasselbe tun, und dann wäre die Möglichkeit gegeben, den Krieg durch eine sozialistische Aktion abzukürzen. Das war eine Auffassung, die ernster Erwürfung wert war, aber ist es wirklich gerecht, über diejenigen, die sich ihr nicht anzuschließen vermochten, den Stab zu brechen? Das ganze bisherige Verhalten der Franzosen zeigt, daß sie sich in ihrer Kreditbewilligung durch unsere Verweigerung nicht hätten stören lassen und daß sie zu einer internationalen Aktion entweder nicht bereit oder nicht fähig gewesen wären. Clemenceau hatte ihnen jeden Befehl nicht nur mit den sozialdemokratischen Kreditbewilligern, sondern auch mit den unabhängigen Kreditverweigerern verboten, und bis heute hört man nichts davon, daß ihnen Pässe bewilligt würden, so daß sie mit den deutschen Sozialisten Fühlung nehmen könnten.

Die ganze Entwicklung seit dem Niederbruch Deutschlands beweist, daß die Hoffnung der Unabhängigen auf die internationale Aktion zur Verkürzung des Krieges Traum und Schemawar. Die Gegner kannten ihre Überlegenheit und wogen entschlossen, von ihr rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wir deutschen Sozialdemokraten kannten diese Überlegenheit auch, betonten sie so oft und so klar, wie das unter der Zensur nur möglich war, und sahen in der Abwehr eines vollständigen feindlichen Sieges das Höchstmaß des Erreichbaren. Dieses haben wir auch ehrlich und mit allen Kräften angestrebt, und darum haben wir die Kredite bewilligt.

Man kann heute allerdings sagen: Hätte die Sozialdemokratie eine andere Haltung eingenommen, so wäre das ein Glück für Deutschland gewesen, denn dann wäre der Zusammenbruch, der jetzt eingetreten ist, früher gekommen, und wir hätten bei gleichem Ergebnis Menschenleben und Güter gespart. Das ist logisch vollkommen richtig, nur würden wir nach gleicher Logik etwa auch Sowjet, die deutsche Truppen, den Tod und der Gefangenschaft auslösen, Wohltäter des deutschen Volkes sein. Nie könnte ein Sozialist einer solchen Verbrecherlogik Eingang in sein Denken gewähren. Gegen die Niederlage kämpft man so lange man kann, sowie der Arzt gegen den Tod kämpft, der ja auch einmal kommen muß. Wir haben die Niederlage nicht gewollt, und darum haben wir die Kredite bewilligt!

Wir müssten um die Schuld der deutschen Kriegstreiber, wenigstens viele von uns waren von ihr überzeugt, freifind, waren wir alle zu gut geschulte Sozialisten, um glauben zu

können, daß einzige und allein die Bosheit einiger Menschen einen solchen Brand entfesseln könnte, und wir waren in International genug, um auch das klar zu sehen, was andere zu dem großen Scheiterhaufen beigebracht hatten. Eine blöde Agitationsphrase hat uns beschuldigt, wir dienten den deutschen Machthabern, aber wir haben, sobald es möglich war, Wilhelm und seine Sippe davongejagt und über ihren Sturz gefügt. Was wir taten, taten wir aus Liebe zu unserem Volk.

Wir kannten auch die Fehler und Verbrechen, die von den Machthabern nach Kriegsausbruch begangen wurden und haben sie bekämpft. In wenigen Jahren die Verleiter zu allem Bösen, die Unterionisten, Gewaltpolitiker, U-Boot-Leute, ihre einzige gefährliche Gegner? In uns Sozialdemokraten! Wir waren bei den hohen Militärs wirklich nicht beliebt, man duldet uns keinen Einfluss knurrend und widerstreitend, weil man den offenen Bruch fürchtete — der "Vorwärts" war trotzdem das meist verbogene Blatt.

Aber all dieses Wissen und all diese Erfahrung konnten unsere grundsätzliche Stellung nicht ändern. Warum nicht? Weil uns das, was jetzt furchtbare Wirklichkeit geworden ist, stets als schwarzer Schatten vor Augen stand, und weil wir, wenn es kam, nicht ein Quentchen von Schuld daran mittragen möchten. Darum haben wir Kredite bewilligt, haben wir daran geholfen, die äußere und die innere Front vor dem Zusammenschrumpfen zu schützen. Wir haben unser Gut und Blut mitgeopfert, haben geraten, geholfen, gewartet, wie wir konnten, es war alles umsonst!

Man hat uns wegen unserer Haltung mit dem Volkssturm gedroht, der uns hinwegsehen, mit dem internationalen Kongress, der uns austreiben würde. Wir stehen vor den Wahlen zur Nationalversammlung und erwarten den Spruch des Volkes, wir fragen täglich, wann Clemenceau unseren Anklagern gestatten wird, über uns Gericht zu halten. Wir vertreten unsere Sache überall und scheuen kein Urteil. Wir schreien es auch ins Gesicht: Ja, wir haben die Kredite bewilligt, weil wir unser Volk lieben, und jetzt, wo es im tiefsten Elend ist, wissen wir erst recht, wie sehr wir es lieben! Wir haben die Kredite bewilligt, weil wir nicht nur internationale Sozialisten, sondern auch Deutsche sind, weil wir als Deutsche leben und sterben werden, komme, was da will! (Vorwärts.)

eine vollständige Unterwerfung des Feindes hinausläuft), war es die Politik der Regierung, die Erfahrungen dieser Körperstaaten den Geschäftsmenschen dieses Landes zur Verfüzung zu stellen. Es ist erstaunlich, wie rasch der Prozeß der Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen sich in den drei Wochen seit Beendigung der Feindseligkeiten entwickelt hat.

Wilson sprach dann über die zu treffenden Maßregeln, um während der Übergangszeit einer zu großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Bezuglich Belgien und Nordfrankreichs sagte der Präsident: Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor Hoffnungslosem Nachteile zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe im Überfluss hätten, so würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie morgen einkommen können. Sie dürfen nicht den Zusätzlichkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongress nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig sein sollte, irgendeiner Stelle, wie z. B. dem Kriegshandelsamt, das Recht zu gewähren, eine Vorzugsbehandlung zugunsten dieser Bevölkerungen einzuräumen.

Für die Stabilisierung und Erleichterung des Wiederaufbaues unseres Gelebens ist nichts von größerer Wichtigkeit, als eine sofortige Entscheidung über die 1918, 1919 und 1920 zu erhebenden Steuern. Es würde für das Land verhängnisvoll sein, bezüglich der Frage der Höhe der Steuern länger als notwendig ist im Unisieren zu bleiben. Wenn der Krieg fortgesetzt worden wäre, wäre es notwendig gewesen, für das Jahr 1919 mindestens 8 Milliarden Dollar an Steuern zu erheben. Jetzt, wo der Krieg vorbei ist, kann der Betrag auf 6 Milliarden herabgesetzt werden. Eine sofortige rapide Abnahme in den Ausgaben der Regierung ist nicht zu erwarten. Die Verpflichtung unserer Truppen auf der anderen Seite des Meeres ist noch immer notwendig. Ein beträchtlicher Teil dieser Truppen muß für die Dauer der Besetzung in Europa bleiben, und für die, die nach Hause zurückgebracht und demobilisiert werden, werden in den folgenden Monaten große Ausgaben gemacht werden müssen.

Ich nehme bestimmt an, daß der Kongress das Flottaprogramm, das festgesetzt wurde, ehe wir in den Krieg eintraten, ausführen wird. Der Sekretär für Marine hat den Kommissionen der beiden Häuser einen Teil des Programms zur Genehmigung vorgelegt, der sich mit den Bauplänen der nächsten drei Jahre beschäftigt. Diese Pläne wurden nicht unter dem Ausnahmestand des Krieges vorbereitet, sondern in der Absicht, zu einer endgültigen Entwicklung der Flotte zu gelangen. Ich empfehle allen ernstlich die ununterbrochene Weiterführung dieser Politik. Es würde für uns unklug sein, zu versuchen, unser Programm der unbestimmten zukünftigen Weltpolitik anzupassen.

Der Präsident kam sodann auf die Eisenbahnfrage zu sprechen und sagte in diesem Zusammenhang: Ich glaube, wir dürfen auf einen formellen Abschluß des Krieges durch Vertrag bei Beginn des Frühlings (so far as by time spring has come) hoffen.

Zum Schluß sagte der Präsident: Ich benutze diese Gelegenheit, um dem Kongress meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Kriege gegen die Mittelmächte assoziiert waren, zusammenzukommen, zu dem Zwecke, um mit ihnen die Hauptzwecke des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Nachteile, die sich daraus ergeben, daß ich das Land gerade zu dieser Zeit verlasse, bewußt. Aber der Entschluß, daß es meine unumstößliche Pflicht ist, hinzugehen, wurde mir durch Erwägungen ausgezwungen, die, wie ich hoffe, für Sie ebenso entscheidend sein werden, wie sie mir erscheinen. Die aktiveren Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich dem Kongress am 8. Januar d. S. diktierte, ebenso wie die Mittelmächte sie aufgenommen haben. Aus sehr begreiflichen Gründen wünschen die Alliierten jetzt meinen persönlichen Rat bei ihrer Auslegung und Anwendung zu haben. Es ist auch sehr wünschenswert, daß ich diesen Rat gebe, damit die aufrichtigen Wünsche unserer Regierung, ohne selbstliche Absichten irgendwelcher Art zu dem Abkommen, das zum gemeinsamen Wohle aller beteiligten Völker beiträgt, zu gelangen, offenkundig gemacht werden. Die Freuden sind machbar, auf die wir uns jetzt einzeln und für den Rest der Welt von großer Bedeutung und ich kenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte. Die tapferen Männer unserer Streitkräfte zu Lande und zur See haben gewissenhaft für die Ideale gekämpft, von denen sie wußten, daß sie die Ideale ihres Landes seien. Ich versuchte, diesen Idealen Ausdruck zu geben. Sie wurden von den Staatsmännern, als ihre eigenen Gedanken und Absichten entsprechend angenommen und auch die assoziierten Regierungen nahmen sie an. Ihnen bin ich es schuldig, darauf zu achten, daß sie, so weit es an liegt, nicht falsch oder irrtümlich ausgelegt werden und daß keine Mühe gescheut wird, um sie zu verwirklichen. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Verwirklichung dessen zu mögen, was ihr Leben und Blut opferten, auf mich zu nehmen. Ich könnte mit keinen Aufwand mehr daran denken, wichtiger wäre, als dieser. Ich werde mit Ihnen und den anderen auf dieser Seite des Hauses in enger Einigung bleiben. Sie werden alles, was ich tun, erfahren.

Die Botschaft Wilsons.

Der ausführliche Text der Botschaft Wilsons in der gemeinsamen Sitzung des Kongresses liegt jetzt in einer Reutermeldung hier vor. Danach sagte der Präsident u. a.:

Wir werden uns jetzt wieder den Aufgaben des Friedens zu, eines Friedens, der gegen die Gewalt unverantwortlicher Monarchen und ehrgeiziger militärischer Ritterien gesichert und für eine Neuordnung, für neue Grundlagen, der Gerechtigkeit und Billigkeit geeignet ist. Wie sind im Begriff, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu ordnen und zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen; nicht nur die häusliche Sicherheit. Unser Gedanke hat sich in der letzten Zeit mit Europa, Asien, dem nahen und ferneren Osten beschäftigt und nur sehr wenig mit den Taten des Friedens und der Neuordnung, die bei uns selbst auf Durchführung wartet. Es wären wir unsere Beziehungen zu dem Recht der Welt einrichten, nicht von größter Wichtigkeit, daß wir mit allen Ursachen zu Mißverständnissen mit unseren nächsten Nachbarn aufzuräumen und den Beweis der Freundschaft, die wir wirklich föhlen, erbringen? Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem unserer Rückkehr zum Frieden ein Problem der wirtschaftlichen und industriellen Wiederherstellung. Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und den Verlusten des Krieges zu leiden hatten als wir. In dem Augenblick, wo wir wußten, daß der Waffenstillstand unterzeichnet war, legten wir die Rüstung zur Seite. Die Rüstung, auf die die Regierung die Hand gelegt hatte aus Angst, daß für die Industrien, die die Armeen versorgten, nicht genug vorhanden sein würden, sind freigekommen und wieder dem allgemeinen Markt zugeführt worden. Große Industrieanlagen, deren ganze Erzeugnisse und Maschinerien von der Regierung zur Benutzung übernommen worden waren, sind wieder für die Zwecke freigekommen, denen sie vor dem Kriege dienten. Es war nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schiffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer aus unseren Betrieben reichern ernährt werden muß und die Schiffe noch immer dafür benutzt werden, unsere Leute über See zu versorgen und die Soldaten so rasch zurückzuführen, als die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers es gestatten. Aber auch diese Zwangsmaßregeln werden so viel wie möglich und im Verlaufe der Wochen in immer weitergehendem Maße gemildert.

Wilson kam sodann auf die zum Zwecke der Kriegsorganisation erreichten neuen Anteile zu Preisen und Erlösen, Seiden des Waffenstillstand gesichert, war der tatsächlich auf

Auf ein Geschäft haben die französische und englische Regierung die Befreiung für Kabelnachrichten, die bis vor 14 Tagen beibehalten worden war, vollständig auf. Es gibt auch auf dieser Seite jetzt keinerlei Befreiung, außer wenn es sich um einen Versuch geschäftlicher Verbindungen mit den feindlichen Ländern handelt.

Darf ich nicht hoffen, meine Herren vom Kongreß, bei den heiklen Aufgaben, die ich auf der anderen Seite des Meeres zu erfüllen habe, auf ihre Förderung und gemeinsame Unterstützung zu rechnen? Ich verlasse die Gräbe und Schwertlager der Pfalz, die ich auf mir genommen habe, nicht und bin mit meiner schweren Angabe voll bewusst. Ich bin ein Diener des Volkes und kann keine privaten Gedanken und Absichten haben, wenn ich einen solchen Auftrag ausführe. Ich gebe das Beste hin, was in mir ist, zu den gemeinsamen Abmachungen, zu deren Zustandekommen auf der Konferenz mit den anderen dort bestellten Leitern der assizierten Regierungen ich jetzt helfen muß, beizutragen.

Der Präsident versprach, daß er durch Kabel oder auf brachlosem Wege immer erreichbar sein werde. Er sprach am Ende seiner Rede die Hoffnung aus, daß es ihm vergönnt sei möge, mit dem glücklichen Bewußtsein zurückzukehren, daß es ihm möglich war, die großen Ideale, wofür Amerika kämpft, in die Tat umzusetzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Abfindung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Das „Armeeverordnungsblatt“ enthält folgende Verfügung über die Abfindung der Arbeiter- und Soldatenräte:

„Für Soldatenräte, die ausschließlich bei militärischen Stellen tätig sind, werden vorläufig folgende Vergütungen festgesetzt:

1. soweit sie dem Mannschaftsstande auch als Gehaltsempfänger angehören, die ihnen nach den allgemeinen Bestimmungen zustehende mobile oder immobile Besoldung und eine Tagessumme von 5 Mark.

2. eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der wirklich entstandenen Kosten unter Beibringung von Belegen bis zur täglichen Höchstgrenze von 5 Mk. Soweit über kleinere Aufwendungen Anträge nicht beigebracht werden können, genügt die schriftliche pflichtgemäße Versicherung, daß diese Ausgaben wirklich entstanden sind und dienstlich notwendig waren. Nebenschreit der Kuliwand im Einzelfall die tägliche Höchstgrenze von 5 Mark, so ist der Überbetrag unter Berücksichtigung der gebotenen Sparamkeit vom Soldatenrat festzusegen. Die Zahlungen erfolgen rückwirkend vom 19. November 1918 und in Monatsabständen nachträglich.

Der Kriegsminister: Scheuch.
Der Unterstaatssekretär: Göhre.

Von der Berliner Garde.

Die „Rote Fahne“ meldet unter der Überschrift: „Militärpartei in Berlin?“: „Dienstag nachmittag ist die Funkerabteilung des Gardekorps in Berlin eingezogen. Von sechs berittenen Offizieren geführt, mit schwarzo-weißen Fahnen und Klingendem Spiel unter den Lönen des Heils die im Siegerkreuz sind, eilender Kaiserwache zogen sie demonstrativ durch die Stadt. Beim Markttalgebäude wurde die Truppe von Mannschaften des Sicherheitsdienstes angehalten und zur Abgabe der Waffen aufgefordert. Der kommandierende Oberst lehnte dies mit hochsprechenden Worten ab. Die Funker scherten sich um die Offiziere und erhoben drohend die Waffen gegen die Sicherheitsmannschaften, durch deren Zurückhaltung allein ein Blutvergießen vermieden wurde. Unter Hochrufen umstehender Bourgeoisie brachen jetzt die Scherzen gegen revolutionäre Gewerkschaftsmerker fort.“

Die mitgeteilt wird, haben sich 20 Berliner Garderegimenten, denen noch weitere hinzustellen werden, zusammenge schlossen, um der Regierung Ebert-Haase einen letzten Rückhalt zu geben.

Prophezeiungen Liebknechts.

Unter Datum und der Parteidatei, die „Welt. Allgemeine Pressezeitung“, berichtet über eine geheime Sitzung der Dortmunder Spartakisten, in der darüber beraten wurde, wie man die Partei der Unabhängigen trennen und sich ihrer Parteiausstattungen bemächtigen könnte. Einen Teil dieses Plans bildete eine Liebknecht-Versammlung in Dortmund, zu deren Versammlung ein Sonderzug nach Berlin geschickt wurde. Dieser berichtete nun, Liebknecht habe ihm gesagt, daß er in Berlin

die tatsächliche Machtkraft Händen hätte, die Soldaten ständen geschlossen hinter ihm, und in einigen Tagen werde man blaue Wunder erleben. Die bolschewistische Hölle würde in den nächsten Tagen von Berlin aus nach dem Niederrhein und in das Industriegebiet schlagen und alles hinwegfegen.

In Essen kam es, wie bürgerliche Blätter melden, im Anfang an eine Versammlung der Spartacus-Gruppe zu Gewalttätigkeiten gegen die „Reichs- und Westfälische Zeitung“ und die in dem Gebäude befindliche Poststelle des Wolffischen Telegraphen-Bureau. Teilnehmer der Versammlung drangen in die Geschäftsräume und ergriffen unter Androhung von Waffengewalt das Einstellen der Tätigkeit.

Unliebsames Vorkommen in Heidelberg.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Heidelberg erklärte bei der Volksversammlung am Dienstag, daß auf Grund eines besonderen Vorkommens, indem ein Wachtmeister des Mannheimer Gefangenelagers bei einem Zwischenfall drei Franzosen vor wenigen Tagen erschoss, damit zu rechnen sei, daß Mannheim vom Feinde besetzt werde und daß möglicherweise ein Vorstoß der Franzosen nach Heidelberg erfolge, um den dortigen A.- u. S.-Rat aufzulösen. Um einer Auflösung vorzubringen, halb der A.- u. S.-Rat sich in einen Arbeiter-, Bauern- und Volkstrum umgewandelt.

Die 800 Millionen.

Gegenüber der Nachrichtenbücher Blätter, daß der Finanzbedarf der Arbeiter- und Soldatenräte bisher 800 Millionen Mark vertrage, schreibt die „Freiheit“: Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß diese Angabe schon deshalb stärfsten Zweifeln bedarf, weil es ja bisher gar keine Möglichkeit geben konnte, eine halbwegs zuverlässige Berechnung der von den Arbeiter- und Soldatenräten in Anspruch genommenen Beträge vorzunehmen. Die allerverschiedensten Stellen, Dutzende, vielleicht sogar Hunderte, wären da zunächst zu befragen. 800 Millionen sind eine völlig halslose Behauptung.

Endgültig abgedankt.

Berlin, 5. Dezember. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Maastricht erfuhr, ist die Abdankungsurkunde nunmehr vom Kronprinzen unterzeichnet.

Rupprecht und Ludendorff.

Der „Bayerische Kurier“ macht Entschließungen über einen Konflikt dieser beiden Herren, bei dem es sich nach Freiwerden der österreichischen Armee für ein Friedensangebot war. Ludendorff war natürlich dagegen und stellte später auch den Durchmarschplan bei Antens um. Noch in den letzten Tagen des Krieges habe Kronprinz Rupprecht es durchgesetzt, daß von einem Plan Abstand genommen wurde. Man hatte auf deutscher Seite neue Brandbomben erfunden, von denen jeder Flieger mehrere tausend Stück mit sich führen konnte. Damit wollte man kurz vor dem Waffenstillstand Paris beschließen und ein Viertel der Stadt in Brand setzen. Kronprinz Rupprecht ist entschieden dafür aufgetreten, daß die neuen Modelle nur in kleinem Maßstab zur Anwendung gelangten.

Polen.

Der Landtag wurde durch eine Meile eingeleitet, an der 1500 Delegierte teilnahmen. Die Kanzelrede hörte in einen Dank an die Befreiung Polens von fremder Herrschaft aus. Als Marschall wurde der Reichstagsabgeordnete für die Stadt Polen, Romicki, und als Vizemarschalle vier Herren aus Oberschlesien, Preußen, Etland und Westfalen gewählt. Korjanty verlas die Abschlußtelegramme, die der Landtag an die Befehlshaber eines freien vereinigten Polens, den Panzer Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Orlando und an den Gelbmarschall Foch, dem Polen zu ganz besonderen Danken verpflichtet seien, abhandte.

In Warschau wurde auf Korjanty ein Attentat verübt. Die Kugel ging fehl. Der Attentäter Lengowksi, ein Sozialist, wurde sofort geschlagen und verhaftet, aber auf Anordnung des Generals Sodnowski diesem zur Verfügung gestellt.

Rußland.

Eine neue Regierung. Die „Times“ meldet aus Odessa: Admiral Koltschak und der Ministerrat erkannten in einer Proklamation alle russischen ausländischen Schuldenverpflichtungen und alle inländischen Anleihen mit Ausnahme der seit Oktober 1917 von den Bolschewiken eingegangenen Verpflichtungen an. Die neue, mit Hilfe der Entente gebildete Regierung Russlands lädt die russischen Einzelstaaten ein, die Bildung eines föderativen Staatenbundes Großrussland in Kiew zu beraten.

Die Räuber.

Roman von Hermann Wagner.

Es war damals niemandem bewußt als der Waise, einer etwa fünfzehnjährigen Frau, und einer sehr jungen Dienstmagd. Die Waise zeigte Beifallsbereitwillig die Zimmer. Wenn es ihm beliebte, dann stand ihm der ganze obere Teil des Hauses zur Verfügung; ein großes Wohnzimmer mit Balkon, ein Schlafräume und außerdem eine kleine Stube, die als Arbeits- oder Schreibraum gedacht war, denn es war ein Schreinäule durst und ein Schrank, der mit Büchern und Zeitschriften aller Art gefüllt war.

Und das ergab keinen Schaden werden. Und Ruhe würde er haben, — genug, viel Ruhe. Der Wald hinter dem Haus stand wie eine eisenummantelte Wüste eines heiteren mittelalterlichen Klosters.

Scheins nahm sofort an. Er hatte in Berlin vielerlei erfahren, Kleider, Bücher, Bänder und zahllose Kleinstgegenstände, die ein einfaches und befriedigtes Leben verhinderten. Er gab nur zu, daß man ihn alles an jenen neuen Wohnungsladen kaufen ließen, vor allem sein gutes Klavier. Und noch am gleichen Tage kauft er sich einen jungen Wollschal, den er sich an das gekaufte Kleidungsstück legte. Er hatte ein tiefses Gefühl, das nie kommt.

In der Ruhe dieser Tage lebte Scheins nun beginnen. Eine ruhige Ruhe, die über ihn und hält ihn ein wie ein ruhiger Soldat, durch den hindurch er das Leben nur in seinen Träumen sah.

Er wünschte nur nicht den Kontakt zu machen, daß er jenseits Seines wünsche, denn seine Freude an den Menschen war seiner Selbstverständlichkeit nicht geringer geworden. Er hatte auch keinen persönlichen Kontakt, den er jemals pflegte. Er kannte nur wenige, die jenseits der Wirklichkeiten fanden und schätzten, nur ein paar Kinder der Eltern und wurde zum zentralen Gegenstand der Befürchtungen der Eltern, die ihren fordernden Mutter mit herber Unzufriedenheit in ihr Herz legten.

Die nächsten Abende ließen sie im Garten in der Ruhe der Tiere vor ein weites Tal schreiten und des weiteren einer Reiseleitung gab dem Waisen eine gesetzte Seele.

Sie sprachen fastend von den kleinen Dingen des Lebens, die das wahre Leben, das in jedem Menschen ist, wie ein eisiges Überworfenes Kleid verbüllten. Und dann wogten sie ihre Worte auch an das wahre Leben selbst.

Was war es? War es ein Kampf, eine Hoffnung, eine Entscheidung, eine Erfüllung — oder beides zugleich?

„Dies zugleich,“ legte Scheins, „aber durch eins zusammengehenden und nicht nur erträglich, sondern auch schön gemacht.“

„Und was ist dieses Eins?“

„Denken Sie nach.“

Und so schwieg und verlegen lächelten, wobei er ihr zu und sagt: „Ja, auch die Liebe.“

„Was wissen Sie von ihr?“ fragte sie neugierig.

„Dies, daß ich sie habe. Ja, mir habe. Und daß ich sie nie verlieren soll.“

„Die Liebe zu wem?“ fragte sie. „Zu einer Toten?“

„Zu einer, die lebt und der ich treu bin, weil sie auch dem treu ist, den sie liebt.“

„So werden Sie immer sehr ehrlich sein, in dieser Freude“

logte sie verwundert. „Und es ist nicht leicht, einzukommen zu leben.“

„Sagt mir den, der oft wird,“ erwiderte er. „Das Alter ist wie ein Kind. Es hat seine eigenen Juwelen zur Gesellschaft, über die auszugeben es nie müde wird. Es lebt seine Jugend noch einmal. Aber es lebt mit einem Ziel von ihr, den können. Der Hoffnung ist für sie tot.“

Auf dem Scheintisch in seiner kleinen Stube hatte Scheins in einem Rahmen ein Bild stehen. Er hatte es einmal gefunden. Es war das Bild der kleinen Lu, die sie vor ihm so sehr gefreut hatte.

Er dachte, während er es betrachtete: „Die hat nicht nur kein Kind, da ist auch ihr Kind. Das da ist das Kind, so bin ich auch.“

„Du bist wachsen und du kommst mir wie deine Mutter.“ Und doch anders. Das ist andere Mutter, darüber wird sie forsch. Auch ich werde es. Und eines Tages wird du dich nicht mehr vor mir fürchten.“

Was er sonst der Kopf seit den Händen und gab sich süßes Grinsen hin.

Deutschreich.

Die Konstituante. Der Staatsrat beschloß, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung vorzulegen, nach welchem die konstituierende Nationalversammlung für zwei Jahre gewählt und 14 Tage nach dem Wahltag nach Wien einberufen wird. Zur konstituierenden Nationalversammlung werden im geschlossenen Staatsgebiet 250 und in den Einklanggebieten 5 Abgeordnete auf Grund des gleichen Wahlrechtes ohne Unterschied des Geschlechts nach dem System der Verhältniswahl gewählt.

Schweiz.

Wirtschaftsabkommen. Der Bundesrat hat das neue Wirtschaftsabkommen mit Italien genehmigt. Die neue Vereinbarung ist eine Vereinbarung von zehn Monaten, kann jedoch vom 1. März 1919 ab auf zwei Monate gekündigt werden. Die Lebensmittelmengen, deren Ausfuhr nach der Schweiz gestattet sind, sind mit Rücksicht auf den Inlandsbedarf Italiens eingeschränkt worden.

Frankreich.

Forderungen der Sozialisten. Der sozialistische Seinerverband nahm einstimmig eine Tagesordnung an, die die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Befreiung, Wiedereinführung konstitutioneller Garantien, möglichst schnelle Vornahme der Neuwahlen nach der Demobilisierung, sowie das Stimmrecht für Frauen fordert.

Spanien.

Nachtritt des Ministeriums. Die Regierung trat zurück. Der König berief Romanones zu sich in den Palast. Die Krise soll auf Meinungsverschiedenheiten in der katholischen Frage zurückzuführen sein.

Türkei.

Unabhängigkeitserklärung Armeniens. Die armenische Nationaldelegation hat von Paris aus die Unabhängigkeit des vereinigten armenischen Staates mit Einklang Ciliciens proklamiert. Damit ist das rührigste und unruhigste der türkischen Völker als Erstes mit seinen Unabhängigkeitswünschen an die Öffentlichkeit getreten. Die ganze Situation der Nationaldelegation läßt vermuten, daß die armenischen Ansprüche mit den Absichten der Entente übereinstimmen. Mit dieser Staatenbildung wurde das ganze nordöstliche Gebirgsgebiet der osmanischen Türkei durch eine über die Taurusketen laufende Brücke mit dem Mittelmeer verbunden und damit endgültig die Türkei vom übrigen Asien abgesperrt. Daß die Armenier ihre Wünsche auch auf Cilicien ausdehnen, ist weniger damit begründet, daß auch dort bis zu den Armenieraustreibungen im Jahre 1915 starke armenische Kolonien sich befanden, als darauf, daß das altarmenische Gebiet empfindlicher Mangel guter Fruchtboden hat.

Das ebene Cilicien ist eines der üppigsten Schwemmlandgebiete des Mittelmeeres und das fruchtbarste Landstück ganz Kleinasiens. Dazu beherrscht es den Handel der wichtigsten nordöstlichen Stadt Aleppo und die Straßen nach dem oberen Mesopotamien. Allerdings ist seine Verbindung mit dem hocharmenischen Kernland infolge des Tonkrustes so schwierig, wie undenkbar. Stichhaltige Gründe für die Verlängerung Ciliciens mit Armenien sind weder auf ethnographischem, noch auf geographischem Gebiet zu finden.

England.

Wahlmanifest der Sozialisten. Die unabhängige Arbeiterpartei, die britische sozialistische Partei und die sozialdemokratische Arbeiterpartei haben zusammen ein Wahlmanifest herausgegeben, worin sie die britischen Arbeiter ermahnen, ihre eigenen Interessen zu wahren, indem sie die gemeinschaftlichen Interessen der internationalen Demokratie in Schutz nehmen.

Die Internationalkonferenz in London ist beendet. Wie Reuter meldet, steht es nun fest, daß man zu einer vollständigen Übereinkunft gekommen ist, insbesondere, was die Politik Lloyd Georges und die der richterlichen Beamten der Krone gegenüber Deutschlands betrifft, um Deutschland soviel als möglich Ihnen zu lassen für seine Schuld am Kriege. Es wurde besonders betont, daß alle diejenigen, welche in irgend welcher Weise verantwortlich gemacht werden, es mögen Personen in hohen Ämtern oder in niederen Stellungen sein, vor ein Gericht sollen, um, soweit als dies möglich ist, bestraft zu werden. Die Londoner Konferenz wird zweifellos von weitreichendem Einfluß auf die Friedenskonferenz sein.

Ausstellung der deutschen U-Boote. Die deutschen Unterseeboote, die in London ausgestellt werden, kommen am Dienstagmorgen bei Greenwich an. Sie wurden den Fluss hinauf von Booten geschleppt, die mit Flaggen geschmückt waren. Die U-Boote führten die englische Marineflagge über der deutschen.

Geld- und Benzinfragen bei den Waffenstillstandsverhandlungen.

Spa, 5. Dezember. Die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnete am 1. Dezember das Schlusprotokoll, worin u. a. folgende Vereinbarungen mitgeteilt sind:

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, reinerlei Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, ihren finanziellen und privaten wirtschaftlichen Besitz in irgend einer Weise zu vermindern, da dieser Kriegs schäden ist, wonach sie Anspruch haben. Weiter verpflichtet sich die deutsche Regierung, Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke und Forsten, sowie Unternehmen, kolonialwirtschaftlicher, industrieller und kommerzieller Art, welche ihr gehören oder moran, sie benötigt ist, weder zu verkaufen, noch zu treiben, noch zu verpachten. Ferner verpflichtet sich die deutsche Regierung, während der Dauer des Waffenstillstandes ohne den Bezugnahmen vorzugreifen, welche für die Zukunft getroffen werden, keine Goldausfuhr vorzunehmen oder auszulassen. Sollte sie sich unbedingt gezwungen sehen, für die normale Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens von den Bezugnahmen dieser Bedürfnisse abzuweichen, muss sie hierzu vorher die alliierten Regierungen in Kenntnis setzen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, aufgrund der normale Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens aus dem Bestand an Auslandsmitteln, welche dem Reichsminister oder dem Reichskanzler gehören, oder in ihrer Eigenschaft als Devisenzentrale in ihrem Besitz befinden, innerer Verwendung in das Ausland zu direkt nach Mittelpersonen vorzunehmen. Dieselbe Verpflichtung wird eingegangen für die ausländischen Erschließungen, die der deutschen Regierung für Lombardovermögen dienen. Sollte die Handlung, die diesen Bezugnahme widerspricht, wird von der Regierung den Alliierten für rechtsverletzend angesehen und die deutsche Regierung wird alle möglichen Maßnahmen ergreifen, die gegenwärtig möglich sind, um

haben. Am Anfang war die Rückerstattung der vom Deutschland überführten Beutage aus den Gefilden der Alliierten, welche im Waffenstillstandevertrag vorgesehen ist, wurde vereinbart, daß die Rückzahlung der aus Belgien und Nordfrankreich stammenden Geldsummen in derselben Währung geschehen soll, in der sie letzterzeit ausgeführt wurden. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist, soll die Rückerstattung in Mark erfolgen, und zwar zum provisorischen Kurs von 1,25 Franken für eine Mark, jedoch behalten die alliierten Regierungen sich das absolute Recht vor, später den Austausch der Markbeträge gegen französische oder belgische Franken zu dem gleichen Kurs oder gegen Lieferung von Geldwährungswerten auf der Basis von 1,25 Franken für eine Mark zu fordern.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 5. Dezember.

Ferdinand Lassalle an die Arbeiter!

Woher kommt es denn, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingeschriebene Mitglieder unseres Vereins seid? O, ich kenne den altbekannten Grund dieser Scheitigung wohl. Man läßt uns gewöhnen und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere erarbeiten müssen. Ich aber frage euch: Ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da enten will, wo er nicht gefest hat? ... Euch also, die ihr das nicht wollt, euch, die ihr mich mit Beifall und Aklamation begleitet, euch allen rufe ich zu: Werdet Mitglieder!

Wer also, nach den Worten des großen Vorämpfers der Arbeiterbewegung, unsere Bestrebungen für richtig hält, darf nicht abschließen!

Wer ernsthaft will, daß die Erfolge der Revolution gesichert, wer Frieden, Freiheit und die Wohlfahrt aller erstrebt, der trete in Reich und Glied in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Anmeldungen und Neuauflnahmen werden entgegengenommen:

Im Parteisekretariat, Johannisstraße 50.

Beim Vorsitzenden P. Löwigt, Redaktion des „Lübecker Volksboten“, Johannisstraße 46.

Bei allen Beitragsklassierern.

Selbstverständlich nehmen auch alle übrigen Vorstandsmitglieder sowie die Distrikts- und Bezirksführer Aufnahmen entgegen.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche Montag, den 9. Dezember 1918, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Bürgerschaftswahlrecht (2. Abstimmung). 2. Bewilligung von Mitteln für die Aufstellung der Wählerlisten. 3. Schaffung von Kleinwohnungen zur Steuerung des Wohnungsmarktes. 4. Besichtigung von Kriegsteilnehmern.

Der Bürgerausschuß wählte in seiner gestrigen Sitzung, der letzten nach der halbjährlichen Geneuerung, zunächst den bisherigen Geschäftsvorstand wieder. Es handelt sich hier nur um eine kurze Zeit, da ja nach erfolgter Neuwahl der Bürgerschaft im Februar 1919 auch eine völlige Neuwahl des Bürgerausschusses stattfinden muß.

Der Senat hat in Nachgehung des Rat- und Bürgerausschusses vom 10. Juli 1918 beschlossen, die Amtsdauer des gegenwärtigen Bürgermeisters Dr. C. F. Fehling bis zum 31. Dezember 1920 zu verlängern.

Die kommenden Bürgerschaftswahlen werden bereits ihre Schatten voraus. Gejährt hatte der Bürgerschaftsrat sich bereits mit einem Senatsantrag auf Bewilligung von Mitteln für die Aufstellung der Wählerlisten zu den Bürgerschaftswahlen zu beschäftigen. Gefordert werden 7320 Mark. Der Bürgerausschuß empfahl diesen Antrag der Bürgerschaft zur Mitgliedschaft.

Neubewilligung des Zeitungspapiers.

Umfällig wird Mittwoch ein neuer Papierverteilungsausschuß des Reichswirtschaftsamts bekanntgegeben werden. Danach sollen Zeitungen im sogenannten Berliner Format, wenn sie einmal täglich erscheinen, 44, bei zweimaligem Erscheinen 84 Seiten in der Woche nicht überschreiten, Zeitungen größerer Formats 32 bzw. 44 Seiten. Hoffentlich wird wenigstens das hier in Aussicht gestellte Quantum Papier auch geliefert werden.

Verkauf von Brennholz.

Wegen des starken Andrangs hat der Verkauf im Armen-Arbeitshaus vorläufig auf Bewohner der inneren Stadt beschränkt werden müssen. Die Verkaufsstelle ist auf Donnerstag 9-10 Uhr und nachmittags 2-3 Uhr festgelegt. Für Bewohner der Vorstädte wird die Verkaufsstelle noch bekannt gegeben werden.

Freiheit der Arbeitsnehmer während der Demobilisierung. Postsendungen, die von Arbeitsnachweisen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Firmungs-, Paritätischen, Landwirtschaftlichen und Gemeindlichen Arbeitsnachweisen) zur Unterbringung von Heeresangehörigen bislangen Hilfsdienstpflichtigen und auch von weiblichen Arbeitskräften abgesondert werden oder sonst Anlegeneheiten der Demobilisierung betreffen, sind unter dem Begriff „Heereslade“ für die Dauer der Demobilisierung im Rahmen der zeitlichen Vorfristen portofrei. Voraussetzung ist, daß die Arbeitsnachweise, die keine höhere Eigentümlichkeit haben, ihre Sendungen mit dem Abdruck des Dienststegels einer Reichs-, Staats- oder Gemeindebehörde versehen lassen. Ortsendungen sind portopflichtig. Gebührenfreiheit im Telegramm und im Fernsprechverkehr steht den Arbeitsnachweisen nicht zu.

Erwerbslosunterstützung. Durch eine Verordnung des Reichsamtes für die Wirtschaftliche Demobilisierung sind die Grundlagen für die Durchführung der Erwerbslosunterstützung gegeben. In Lübeck ist vom Senat das Arbeitsamt unter Leitung des Ersten Stellvertreters der Arbeitsnachweisen und geleistet zu den Erbassen der zur Durchführung erforderlichen Anordnungen ermächtigt. Die Beratungen der Angelegenheit im Arbeitsamt sind bereits zum Abschluß gebracht; sobald nach Herstellung der erforderlichen Voraussetzung schon Anfang der kommenden Woche mit der praktischen Durchführung begonnen werden kann. Auch Notfallsarbeiten sind in größerem Umfang von den zuständigen Behörden vorbereitet.

Jur. Beauftragung für Kriegerwitwen.

Wie bekannt sein dürfte, erhalten ab 1. Juli ds. Js. die Kriegerwitwen eine Rüstkarte von 8 M., die Salbarmen eine solche von 3 M., und die Soldatenwitwen eine solche von 4 M. pro Monat. Im Interesse der Empfänger liegt es, sich die Auszahlungen zum Brabe des Antragsunterlagen, auf dem preisigen Hauptpostamt, Schalter 17, abzuholen, da eine Beschränkung der einzelnen Empfänger wegen der fehlenden Adressen nicht erfolgen kann. Wie wir uns überzeugt haben, sind noch eine große Anzahl von Anträgen nicht abgeholt. Wir weisen die Kriegerwitwen darauf hin, daß die Zustrebungen nur ausgeschöpft werden können, wenn die Anweisung vorgelegt wird. Deshalb ist es notwendig, daß sich die Kriegerwitwen, sofern es noch nicht geschehen ist, im eigenen Interesse bewerben, um den Bezug der Auszahlungen zu erhalten.

Zur der Sicherstellung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhalten wir vom Arbeiter- und Soldatenrat noch die Mitteilung, daß verheiratete Arbeiterinnen, deren Männer nach Entlassung aus dem Heeresdienst einen auskömmlichen Lohn beziehen, ohne Entschädigung entlassen werden können.

Die amtlichen Bekanntmachungen in unserer heutigen Ausgabe betreffen: Geschäftsstellen verschiedener Unternehmen; Fleischverkauf; Erhöhung der Gebühren für die Beförderung ansteckender Kranker; Umsatzsteuer; Hausschlachtungen; Viehzählung.

Eine Ortsgruppe der deutschen demokratischen Partei wurde hier am Dienstag gegründet. In der zu diesem Zweck einzuberufenen Versammlung sprach das bekannte Bürgerrechtsspezialist Dr. Götz. In seinen Ausführungen kam der Redner auch auf das sozialdemokratische Programm, das nach seiner Ansicht von Marx aufgestellt ist, zu sprechen und ergabt seinen Säumen, daß es die Diktatur der Arbeiterklasse wolle, bis die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des Grund und Bodens usw. erfolgt sei. Wo steht denn das geschrieben? Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Die deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Lübeck, betont klar in ihrer heutigen Gründungsversammlung zu den von dem Hauptausschuß in Berlin aufgestellten Richtlinien, Recht und Freiheit sollen die Grundprinzipien sein, auf denen der Bau des neuen Deutschlands errichtet wird, nur sie sichern auf die Dauer den Bestand des einzigen Vaterlandes. In diesem Geiste tätig mitzuarbeiten und dadurch dem reinen Grundprinzip deutscher Demokratie zum Siege u. verhelfen, ist unser aller Staatsbürgerschafts Pflicht.“

Weitere Beschaffung von Kleinwohnungen. Zu der Beschaffung weiterer Kleinwohnungen hatte gestern der Bürgerausschuß Stellung zu nehmen. Tom Senat wurde beantragt, für bis zum 1. Januar 1919 einzurichtende Wohnungen 31 400 Mark, für noch dem 1. Januar 1919 einzurichtende Wohnungen 65 200 M., und für weitere Bereitstellung von Unterkunftsräumen 100 000 M., insgesamt also 196 600 M. zu bewilligen. Der Bürgerausschuß beschloß, von dieser Forderung 58 000 M. abzufeuern, und zwar mit der Begründung, daß die Altbauräume der alten Freienstadt, weil vielleicht zu anderen Zwecken besser verwendbar, nicht zu Wohnungen umgebaut werden sollen. Dementsprechend wurde der Bürgerausschuß die Mitwirkung von 143 600 M. gutachlich empfohlen.

Wohlfahrtsamt. Wie aus dem Anzeigenteil dieser Nummer ersichtlich, haben nunmehr die Deutschen Reichswirtschaftsstelle, das Einigungsamt, der Lübecker Landes-Ausschuß für Kriegsverletzte, die Darlehnklassen für Kriegsbeschädigte, die Fürsorge für kinderreiche Familien, die Fürsorgevermittlungsstelle und die öffentliche Schreibstube ihr: Geschäftsräume in das Wohlfahrtsamt Untertrave 104, verlegt. In neuen Einrichtungen des Wohlfahrtsamtes, die ebenfalls im Hause Untertrave 104 untergebracht sind, sind inzwischen ins Leben getreten, die Beauftragungsstelle für Kriegsbeschädigte (Sprengzeit werktäglich von 5-6 Uhr) sowie eine allgemeine Zukunftsstelle über Fragen der Wohlfahrtspflege und Wohltätigkeit (Sprengzeit werktäglich von 10-11 Uhr). Fernsprecher für alle Abteilungen Nr. 1055-61.

Demobilisierungsausschuß. Für die wirtschaftliche Demobilisierung ist in Berlin ein besonderes Reichsamt eingerichtet. Für Lübeck ist der leitende Fachbeamte des Arbeitsamtes zum Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung bestellt. Von Seite steht ein Demobilisierungsausschuß, der in gleicher Zahl aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt ist. Demobilisierungsausschuß und Demobilisierungsausschuß sind beauftragt, im Interesse der Arbeitsbeschaffung auch die Beschaffung von Rohmaterialien und Betriebsmitteln nach Kräften zu fördern. Zahlreiche Anregungen der beteiligten Kreise liegen dem Demobilisierungsausschuß bereits vor. Für die Bearbeitung dieser Anregungen hat sich auf Wunsch Herr Kaufmann G. Seppen zur Verfügung gestellt. Er ist meist täglich von 11 bis 12 Uhr im Arbeitsamt Untertrave 104, Zimmer Nr. 26 zu sprechen (Fernsprecher 1055-61).

Die Weihnachtsfeier. Wegen des andauernden Kohlenmangels wird der Unterricht in den öffentlichen Schulen in der Stadt und den Vorstädten sowie im Einigungsgebiet Sonnabend, den 14. Dezember 1918, gelöschten und Donnerstag, den 9. Januar 1919, wieder aufgenommen werden.

Verlaufszeit zum Weihnachtsfest. In der letzten beiden Sonntagen vor dem Weihnachtsfeste am 15. und 22. ds. Ms., dürfen die Laden von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet sein.

Um die Lübecker Landbevölkerung richtet sich ein Aufruf, der in der vorliegenden Nummer veröffentlicht ist, und in dem auf den Ernst der gegenwärtigen Zeit hingewiesen wird. Wir glauben, daß unsere Landbevölkerung dem Aufruf Folge leisten und alles daran legen werden, der Stadt die erforderlichen Lebensmittel zuzuführen, da sie im Notfall eine Hungersnot für sich selbst heraufbeschwören würden. Auch bezüglich des Geldmarktes dürfte die Mahnung keine vergleichbare sein. Der Aufruf sei deshalb der besonderen Beachtung empfohlen.

Was verloren wurde. Im Monat November ds. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bzw. angezeigt und bisher noch nicht wieder abgeforscht worden: Mehrere Portemonnaies mit kleineren Geldbeträgen, ein alter Darlehnschein, einige Damenhandtaschen verschiedener Inhalts, 2 Damenmünzen, einige Briefe, 1 Fernrohr, 1 Revolver, mehrere Kinder-Bleistifte, 1 Kaufladen-Schild, 1 Damenkoffer, 1 blaue leinenene Anzugs- und Arbeitskleidung, 2 Kneifer, 1 Bluse, 1 Haarschleife, 2 Spazierstöcke und 1 Porzellanschalenbecher.

In den Kriegsläden wurden im November an 30 Portionen 96 839 Portionen Essen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug an 30 Mittagen von 59 566 Portionen 1918, an 25 Abenden von 37 293 Portionen 1492, zusammen 3478.

Hamburg. Für die Einberufung der Nationalversammlung nach Hamburg werden jetzt in der hiesigen Bürgerlichen Preise Stimmen laut. Begründet wird ausgeführt: Der Krieg hat jeden, der bislang es noch nicht wußte, darüber belehrt, wie sehr der Wohlstand vom Gewissen des Arbeitnehmers abhängt. Der Wiederaufbau des Volkswandes muß also notgedrungen Hand in Hand gehen mit dem Wiederaufbau der Handelslotto und des Großhandels. Hieraus schon folgt, daß auch die fünfjährige Nationalversammlung sich in erster Linie mit folgenden Fragen nützlich zu beschäftigen habe, wie die auf dem Wiederbau des Wohlstandes gerichtet sind, und nicht Haupt der internationalen Beziehungen. Gerade die Lebensfragen des Handels und der Schiffahrt werden sehr im Vordergrund stehen. Aufgedeckt wird die Nationalversammlung auch an einem Orte zu Tage, der von keiner Arbeitsschule und Stützpunkt des internationalen Handels dagegenstanden hat. Hamburg erscheint somit als sehr geeigneter Ort. Auf entzückliche Weise ist das Leben gekommen in der 9 Jahre alte Knabeburg, dessen Eltern in Hamburg wohnen. Es war noch der am Alter Leichteste belegene Vater, der in Hamburg wohnt. Er ist nicht genügend verkrustet, um aus einer glühenden Schlagendebatte noch nicht genügend verkrustete Kohlenküste herauszuführen. Die ausstehenden Worte haben das Kind dann erfüllt und seinen Tod herbeigeführt. Bald verloren wurde der Knabe unvergessen.

Hamburg. Heimholung der 11. Pauschallenschiffe. Der Dampfer „Batavia“ wird am Mittwoch und der Dampfer „Bavaria“ am Donnerstag den Hamburger Hafen verlassen, um die 109 Pauschallenschiffe, die die Pauschale ausgeliefert haben, mit Schülern heimzubringen. Die 109 Amerika-Kinder gehörten Dampfer und für diese Fahrt von der Hamburger Schiffsbehörde konzessioniert ausgerüttelt worden.

Die letzten drei Schiffe zur Abfertigung waren am Dienstag, dem 3. Dezember, und die drei letzten am Donnerstag bestimmten Schiffe, „Adalbert“, „Dresden“ und „S. 129“ vom Segelschiff „Gloria“ ausgetragen. Diese drei Schiffe sind nach dem Ende der Schulschiffe ausgetragen. Die 109 Amerika-Kinder gehörten Dampfer und für diese Fahrt von der Hamburger Schiffsbehörde konzessioniert ausgerüttelt worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Konferenz des Holzarbeiterverbandes mit den Unternehmern befaßte sich mit den Maßnahmen zur Friedenswirtschaft und Anpassung der Löhne zum Acht-Stunden-Tag. Die bisherigen Mindestlöhne betrugen in den 6 Tariffklassen 1.-M. bis 1,40 Mark pro Stunde. Der Holzarbeiterverband schlug eine Erhöhung der Mindestlöhne auf 1,15 M. bis 1,65 M. pro Stunde vor. Da aber die tatsächlichen Verdienste der Holzarbeiter auf Grund der vereinbarten Tarifordnungen und der weit über dem Mindestlohn liegenden Stundelöhne weit über diesen Mindestlöhnen liegen, so legte der Holzarbeiterverband einen weiteren Entwurf über Mindestlöhne vor, die für Arbeiterinnen und Arbeiter bis nach der Tariffklasse zwischen 40 und 110 M. schwanken sollten. Diese Tarifordnungsverträge bedeuten einen Überverdienst von circa 30 Prozent bei den Altarbeiterinnen gegenüber den erhöhten Mindestlöhnen. Die Unternehmer zeigten keine Neigung, auf diese Förderung einzugehen. Es wird nun gezeigt, ob sie damit nun gehandelt haben. Das Tarifamt für das Holzgewerbe wird die Verhandlungen über diese Angelegenheit baldig zu Ende führen müssen, denn je länger es dauert, desto trauriger wird es für die Unternehmer werden.

Mit den Unternehmern, die sich bisher gegen den Tarifbedenken wandten, Klavierfabrikanten, Modellfabrikanten sind Verhandlungen im Gange. Der deutsche Holzarbeiterverband erhält stets steigende Mitgliederzunahmen.

Der Ausstand in den oberholzischen Gruben, dessen Ergebnis wiederholt vorzeitig angekündigt worden war, ist nunmehr tatsächlich als beendet anzusehen. Nur in einigen wenigen Gruben ist die Arbeit noch nicht voll aufgenommen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Beamtenrat.

In einem Eingehandt wurde die Frage aufgeworfen, weshalb sich hier in Lübeck noch kein Beamtenrat gebildet habe. Die Vermutung, daß sich der Lübecker Staatsbeamtenverein bereits mit dieser Frage befaßt habe, trifft zu. Vor der endgültigen Bildung eines solchen Rates wollte man jedoch noch die Lübecker Behörden hören. Es darf angenommen werden, daß die Lübecker Beamtenchaft in diesen Tagen endgültig zur Wahl eines Beamtenrats schreitet, dann daß ein solcher gewählt werden muß, bedarf keiner weiteren Erörterung. Daß die Mitglieder des Vereins, deren Namen unter dem Aufruf des Rates der vereinigten Berufe stehen, aus diesem gegebenenfalls wieder auscheiden haben, leuchtet jedem ohne weiteres ein. „Wir haben die Alterswirtschaft fort“, sagte in der vorerwähnten Versammlung ein Redner. Es ist vom Standpunkt eines Beamten überhaupt unverständlich, wie man sich mit solchen Leuten zusammen kommt, die bisher fast ausschließlich über die Beamten weit erhaben waren. Nur bei den Wahlen, da waren die Beamten gern gesuchte Gäste. Den Herren steht erneut als Stoßtrupp zu dienen, wäre doch geradezu lächerlich. Daß die Herren, die sich so gefestigt im Rat der vereinigten Berufe bestimmt darin gerechnet haben, daß die Beamten ins Krieg flüchten würden, ist erstaunlich. Sie sind „erstaunt“ gewesen (natürlich über die Dummkopf der Beamten), daß die Beamtenstadt sich bereit erklärt hat, auch ferner mit ihnen zu gehen. Lebrigens haben die Beamten, deren Namen unter dem Aufruf stehen, die Zustimmung der Mitglieder-Versammlung gar nicht eingeholt. Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß ich in meinen Ausführungen unter „Beamten“ natürlich über die Beamten jenseits der Wahlen hinausgegangen bin, da mir der Rat der vereinigten Berufe ausdrücklich bestimmt darin gerechnet haben, daß die Beamten nicht ausdrücklich über ihr Zusammengehen mit dem Rat der vereinigten Berufe im allgemeinen unbekannt ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz & Co. Sämtlich in Lübeck.

Ein Kinder-Tiroleranzug.

3-6 J. zu verkaufen. (6382) Katharinenstr. 45. 2. Et.

Zu verkaufen 1 Säugerkostüm mit 19 Platten, 1 verschließbar, Romimode und 1 Spielset. (6374) Mehrmanns, Friedrichstraße 5. 2. Et.

Zu verkaufen 4 hübsche angebundene Käppchen mit edlem Haar u. eine Bettzargenart für Mädchen von 8-12 Jahren. (6375) Mehrmanns, Friedrichstraße 5. 2. Et.

Zu verkaufen Singer-Trittmashine und Handnähmaschine (6381) Waisenmauer 132/12. Gütek. Krämerladen 2. verd. 6415) Friederike. (6416) Friederike. (6417) Friederike. (6418) Schwartauer Allee 4.

Zu verkaufen Eisenbahn mit Schienen, Brücke, Weiche usw. 1 Dampfmaschine mit Transmission. (6394) und verschiedene Gegenstände an der Wallenwiese 13. 1. Et.

Kaufgesuch.

Eine große Kofferhandtasche. (6395) Angeb. unter K. 190. (6396)

Zu kaufen geucht guterhaltene Kleider- oder Kamelhaardecke. Angeb. m. Nr. unter K. R. an die Exp. d. Bl. (6397)

Zu kaufen geucht ein kleiner Koffer für Sonntagsausflug. (6398)

Marlirose 29. (6399)

Perdieren ein Traktor. (6400) Gießenhof 12. 1. Et.

Gegen gute Belohnung abzuholen. (6401)

Allgemeiner Deutscher
Gärtner-Verband
Wir ersuchen alle Mitglieder,
die vom Felde in die Heimat
zurück sind, sich sobald wie mög-
lich zu melden bei dem Kollegen
Scholdt, Gransforder Föle
127b, II. oder Eggers, Staven-
straße 83. (6340)

Zahnarzt Albrecht
zurück. (6370)

Haararbeiten
fertigt billig und gut an
Möller
Flüchtlingstraße 34.

AlleArbeiter

Kaufen gern und gut ihre
Arbeitskleidung bei (6388)

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Spars. Lübeck.

6388



Möbel

Schlafzimmer-,
Wohnzimmer-,
Küchenanrichtungen
sowie sämtliche
Einzel-Möbel zu
bekanntbilligen Preisen.

Vereinigte
Möbelkaufhäuser
Königstr. 73 (Ecke
Hütstr. u. Hörst. 47).

Versammlung

der freien Vereinigung der
Händler u. Berufsg. Lübecks

Ortsgruppe des Reichsver-
bandes r. G. D.
Sonntag, den 8. Dez. abr.
nachmittags 3 Uhr
Holst.haus, W. Pries,
Mariengrube 22.

Tagesordnung:

Weihnachtsmarkt.

Wahl eines Delegierten zum

Verbandstag.

Anträge zum Verbandstag.

Sämtliche aus dem Felde
entzogene Kollegen werden
erwähnt, zur Versammlung zu
zulassen, ebenfalls alle in
Lübeck anwesenden Händler und
Bürofreien werden hierdurch
eingeladen.

(6376)

Mitglieder haben voljahrig
zu erscheinen.

Der Vorstand.

3. R. 2. M. d.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

6378

Donnerstag, den 5. Dezember
Abends 7 Uhr
8. Vorstellung für die
Schauspielgemeinde.

Eröffnungs-Erwachen
Freitag, den 6. Dezember:

Tiefland.

Sonntags, den 7. Dezember

Mignon.

Sonntag, den 8. Dezember
nachmittags 3 Uhr
2. Vollvorstellung

Die Stadt nach Shakespear.

Die Verlosung der Plätze für
den Freitag und Sonntags von
7½ bis 8½ Uhr statt.

Abends 7 Uhr

Rose von Stambul.

Amtliche Bekanntmachung.

Art. 3. Auf Oberkleidung für Frauen und Mädchen sind
einmalig bis zum 8. Januar 1919 einschließlich auf Antrag
für jede zu versorgende weibliche Person zwei Sonderbezugsscheine, und zwar ein Bezugsschein für ein Kleid bestehender
Art (oder „ein Rock und Bluse“), oder ein Teilstück einer
Oberkleidung und ein Bezugsschein für einen Mantel (Einzel-
jackett oder Umhang) oder Stoff zu diesen Gegenständen —
unter Beachtung der Stoßhöchstmark-Bekanntmachung — zu
erteilen. Während derselben Zeit ist ferner auf Antrag für
jede zu versorgende männliche Person ein Sonderbezugsschein
auf einen Männer- oder Knaben-Wintermantel (=Winter-
überzieher oder -umhang) oder Stoff dazu — unter Beachtung
der Stoßhöchstmark-Bekanntmachung — zu erteilen. Für son-
stige Männer-Oberkleidung gilt diese Regelung nicht. Bei
erteilung der Sonderbezugsscheine nach Absatz 1 und 2 ist von
Annahme einer Bestandsverkürzung, Abrechnung des vor-
handenen Bestandes, sowie von Ablieferung einer Abgabebe-
scheinigung abzusehen. Die Bewilligung ist in die Personal-
liste (Liste) einzutragen.

Unsere in jeder Beziehung großzügigen

Spezial-Abteilungen für

Damen- und Herren- Bekleidung

bieten noch bezüglich der Güte der Qualitäten,
der Auswahl und der Preiswürdigkeit

große Vorteile!

Rudolph Karstadt

Kommandit-Gesellschaft

Lübeck.

Bom Militär entlassen. Jugte
Reparaturen wieder herst. aus.

W. Richter, Münster
Schluss.

6372

Cedertwaren

Kaufst. am besten u. billig-
sten in der

Schuhmacher-Salz

F. Fränkel, Breitestraße 54

6384

Bilderleisten

einrahmungen

Oscar Tuschitz, Glasbandg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2906.

6385

Öffentliche Versammlung

aller Bureau-Angestellten
am Sonnabend, dem 7. Dezember,

abends 8 Uhr
im grünen Saal des Stadttheaters, Beckergrube.

Tagesordnung:

Die Bureau-Angestellten und die Neuordnung Deutschlands.

Referent: Herr Adolf Kühne, Hamburg.

Fritz Mehrlein, Lübeck.

Die jüngsten Ereignisse machen es jedem männlichen und
weiblichen Bureau-Angestellten zur Pflicht, in dieser Versammlung
zu erscheinen.

Verband der Bureau-Angestellten Deutschlands

Ortsgruppe Lübeck.

Hansa-Theater.

Täglich, abends 7 Uhr:

Sah ein Knab' ein

Röslein steh'.

Sonntags zum ersten Mal:

Wenz im Frühling der

Salzgasse.

Operettenspiel v. Max Lenz

6386

NB. Am Freitag, den 6. Dezember sind alle Be-

zugscheine gegen eingetragene

6387

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus den besetzten Gebieten.

Beim Betreten des deutschen Bodens durch die englischen Truppen ist von der englischen Heeresleitung folgender Tagesbefehl ausgegeben worden: „Die vollkommenste Ordnung muss von den Truppen, die den Vorzug haben, in Deutschland einzutragen, innegehalten werden. Mit der Bevölkerung soll so wenig Verkehr wie irgend möglich stattfinden, aber jederzeit ausgesprochene Höflichkeit und Selbstbeschränkung gezeigt werden. Jede Familiärität ist zu vermeiden. Die englische Tradition im Verhalten zu einem geschlagenen Feind ist hochzuhalten, denn alle Maßregeln zur Herbeiführung von Entschädigung und Wiedervergeltung sind Sache der Behörde selbst, aber nicht des einzelnen.“

Mirment, der Oberkommissar für Elsaß-Lothringen, ordnete an, dass überall wieder die früheren französischen Bezeichnungen eingeführt werden müssen. Die deutschen Straßenschilder und deutschen Firmeninschriften sind zu entfernen. Das gesamte deutsche Lehrpersonal wird abgesetzt. Die deutschen Kollegen auf der Universität wurden eingestellt.

Auf Beschluss der französischen Regierung wird in Elsaß und in Lothringen vom 16. Dezember ab die französische Währung eingeführt. Der Umtausch des deutschen Geldes erfolgt zum Kurs von 125 Franken für die Mark, jedoch soll der Vorteil des Umtausches nur Elsaßern und Lothringern, sowie den Angehörigen der Verbündeten neutralen Staaten zugute kommen, die vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz in Elsaß-Lothringen hatten. Reichsdeutsche sind also davon ausgeschlossen.

Der gesamte Eisenbahn-, Personen- und Güterverkehr ist zwischen der Rheinpfalz und den rechts des Rheins gelegenen Gebietsteilen gesperrt. Die französischen Kommandanten in der Pfalz haben überall den Volksräte zu befohlen, ihre Tätigkeit sofort einzustellen, wodurchfalls ihre Mitglieder in Frankreich interniert würden. In den besetzten pfälzischen Städten wurde die französische Zeit eingeführt.

Auch in Neuß und Dedenkirchen sind belgische Truppen eingerückt. Dem Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf ist von dem Kommandanten der belgischen Truppen ein Befehl zugegangen, wonach von abends 8 Uhr ab bis auf weiteres verboten ist: Jeder Verkehr zwischen den beiden Rheinseiten, ebenso auch auf der Rheinbrücke, ferner der Straßenbahnverkehr zwischen Düsseldorf und Neuß, der Schiffsverkehr auf dem Rhein und der Postverkehr auf dem linksrheinischen Ufer. Damit ist Düsseldorf von den links des Rheins gelegenen Stadtteilen vollständig abgeschnitten.

Das Kabinett Köln ist noch Kloppenburg (Oldenburg) verlegt. Der französische Kommandant von Straßburg wies etwa 100 Bürger aus und ließ sie in Kehl über die deutschen Linien abschieben. Unter den Ausgewiesenen befinden sich Amtleute, Unwähle, ein Oberschulrat und neun Dozenten der Universität. Die Ausgewiesenen mußten Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24 Stunden verlassen und kamen ohne Barmittel im badischen Gebiet an. Die Reichsregierung stellte durch die Waffenstillstandskommission telegraphisch zunächst 10 000 Mark für eine Hilfsaktion der badischen Regierung zur Verfügung.

Vom Prinzen Heinrich.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht eine Kundgebung des Prinzen Heinrich, in der es heißt: Als Senior der zurzeit in Preußen und dem Reiche wohnhaften Mitglieder des preußischen Königshauses erkläre ich hiermit, daß trotz der Neuordnung im Reiche und in Preußen, welche ich unter dem Druck der

Verhältnisse anzuerkennen gezwungen bin, ich bestrebt sein werde, einer geordneten, geleg. und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber andererseits mich persönlich bis an mein Lebensende an

Die tschechische Regierung fordert die 18- bis 45-jährigen männlichen Personen zur Mobilisierung auf.

Die in Deutschland lebenden Amerikanerinnen, Belgierinnen, Engländerinnen, Französinnen und Italienerinnen erliegen eines Aufrufs an die Alliierten um gerechte Behandlung und Mitdehung der Waffenstillstandsbedingungen.

Wie der amerikanische Zuspruch Berlin meldet, sollen alliierte und amerikanische Truppen Berlin zeitweise besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

Gegen die Beteiligung russischer Sowjetdelegierter an der Tagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte hat der Zentralkomitee der Front Einspruch erhoben. Er will ihnen die Einreise verwehren.

Die Berliner Regierung hat gegen die Vereinbarung der tschechoslowakischen Republik mit dem Volksstaat Bayern über den wechselseitigen Austausch von Wirtschaftsprodukten Protest erhoben.

Als letztes Regiment zog Mittwoch nachmittag 4 Uhr das Infanterie-Regiment Nr. 371 über den Rhein.



Die Wahlkreiseinteilung Deutschlands für die Nationalversammlung

die Person unseres Königs als gebunden erachte, alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schaden von ihm abzuwenden, ihn als mein alleiniges Familienoberhaupt restlos anerkenne.

Es wird hohe Zeit, daß dem „königlich preußischen“ Hausrecht die gehörenden Grenzen gezogen werden. Im übrigen steht dieser Prinz Heinrich in dringendem Verdacht, einen Mord erschossen zu haben. Er gehört also vor ein Strafgericht.

Prinz Adalbert von Preußen läßt dagegen erklären: Am 20. November habe ich mich durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert zur Verfügung der jüngsten Reichsregierung gestellt. Im Gegenzahl zu den Ausführungen des Prinzen Heinrich sehe ich allein in dieser die Obrigkeit, die mit allen Kräften zu unterstützen ich für meine vornehmste Pflicht halte.

Kleine politische Nachrichten.

Im Abgeordnetenhaus in Berlin, wo der Volkszugsrat seinen Sitz hat, fand sich Mittwoch eine größere Anzahl von der Front zurückgekehrter Soldaten ein, die Arbeit zu erlangen hofften. Die Versammelten gerieten in Erregung, die sich in stürmischen Rufen äußerte.

Nach dem „Vorwärts“ beabsichtigen die alldutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ und der „Deutsche Kurier“ sich mit der freikonservativen „Post“ zu fusionieren. Der Grund liegt darin, daß die Schweizer Industrie das Geld für diese Blätter nicht mehr geben will. — Die „Rote Fahne“ in Stuttgart hat mit ihrer 13. Nummer das Erstehen eingestellt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte Sachsen erklärten, daß Bayern nur gegen Lebensmittel sächsische Kohle bekomme.

Demnächst wird der französische General Dupont sich nach Berlin begeben, um mitzuwirken bei der Sammlung und schnellen Heimbeförderung der französischen Kriegsgefangenen.

Maxim Gorki hat ein Manifest an die ganze zivilierte Welt gerichtet, worin er sich mit Schärfe gegen die Einmischung der Entente in die inneren Angelegenheiten Russlands ausspricht.

Mehrere tschechische Blätter melden, daß in Bordeaux ungeheure Mengen von Lebensmitteln und Stoffen aus Amerika für den tschechoslowakischen Staat angelangt seien.

Die tschechische Regierung fordert die 18- bis 45-jährigen männlichen Personen zur Mobilisierung auf.

Die in Deutschland lebenden Amerikanerinnen, Belgierinnen, Engländerinnen, Französinnen und Italienerinnen erliegen eines Aufrufs an die Alliierten um gerechte Behandlung und Mitdehung der Waffenstillstandsbedingungen.

Wie der amerikanische Zuspruch Berlin meldet, sollen alliierte und amerikanische Truppen Berlin zeitweise besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

Gegen die Beteiligung russischer Sowjetdelegierter an der Tagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte hat der Zentralkomitee der Front Einspruch erhoben. Er will ihnen die Einreise verwehren.

Die Berliner Regierung hat gegen die Vereinbarung der tschechoslowakischen Republik mit dem Volksstaat Bayern über den wechselseitigen Austausch von Wirtschaftsprodukten Protest erhoben.

Als letztes Regiment zog Mittwoch nachmittag 4 Uhr das Infanterie-Regiment Nr. 371 über den Rhein.

Wirtschaftliches.

Die Vereinigung grossstädtischer Zeitungsverleger hat an die Volksbeauftragten Ebert, Haase und Scheidemann einen Protest gerichtet. Er wendet sich gegen den Erfolg einer den Papierverbrauch des Zeitungswesens regelnden Verordnung, die den täglichen Umsatz der Zeitungen und ihren Einzelverkauf einer neuen tiefschneidenden Beschränkung unterwirft. Dadurch würden viele Existenzgrundlagen erschüttert. Abgelehnt von politischen Bedenken gegen diese Einschränkung der Pressefreiheit müsse auch Protest dagegen erhoben werden, daß die seit Jahrzehnten bestehenden, viele Zehntausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigenden Zeitungen zu Überbelieben herabgedrückt werden, nur um eine kleinere Zahl zu bevorzugen. Die Betriebe könnten auf diese Weise durch die Demobilisation von ihnen geforderten Verpflichtungen nicht erfüllen. Wer der deutschen Presse Gewalt antue, schädige das Volkswohl.

Aus Nah und Fern.

Edmund Rostand gestorben. Der bekannte französische Dichter und Dramatiker Edmund Rostand ist gestorben. (Sein Schauspiel „Cyrano de Bergerac“, das von Fulda übersetzt wurde, hat ihm auch in Deutschland einen bekannten Namen verschafft.)

Ausgeraubter Lebensmittelzug. Auf der Station Einriederhof (Pfalz) wurde ein Zug von der Front mit Lebensmitteln nichts fast ganz ausgeraubt. Butter, Zucker, Fleischfondseren usw. wurden gestohlen. Haussuchungen förderten eine Masse Butter, Zucker usw. zutage. Ein Eisenbahner hatte allein mehrere Zentner Butter und 200 Bündel Fleischfondseren vergraben.

Schiffszusammenstoß. Der Cunard-Dampfer „Orduna“ ist auf der Fahrt von Neuport nach Liverpool an der Südküste von Irland mit dem Petroleumdampfer „Konakry“ zusammenstoßen. 7 Mann des „Konakry“ wurden getötet. „Orduna“ ist nur leicht beschädigt.

Neue Plünderungen und Ausschreitungen in Köln. Die „Kölnerische Zeitung“ meldet: In der Nacht zum Mittwoch fanden leider wieder Plünderungen in unserer Stadt statt. Ein Trupp mit Gewehren von 100 Mann unter Führung eines Matrosen zog durch die Straßen und plünderte in den Warenhäusern und Läden die Lebensmittelvorräte und versuchte auch das städtische Leihhaus auszuräumen, wurde aber hier von der Schutzmannschaft vertrieben. Es kam hierbei zu Schießereien, wobei zwei Toten und mehrere Verwundete am Platz blieben. Sieben Mann wurden verhaftet werden. Ein erster Zusammenstoß erfolgte nur am Waidmarkt. Ein Zug von Plünderern, der durch Maschinengewehr von den Vorräten im Mühlschau-Linde und räumte dann am Waidmarkt einen Manufaktur- und Goldwarengeschäft aus. Erst später rückten Streitkräfte heran und schossen auf die Plünderer. Es sind ungewöhnliche Vorsichtsmäßigkeiten getroffen worden. Von den rheinischen Truppen wurden einige Kompanien mit Maschinengewehren herangezogen und stehen in der Altstadt zur Verfügung.

Mutterfreuden.

Roman von S. Salomon.

Ein neuer Roman

beginnt mit der heutigen Nummer. Die seither von uns gebrachten Romane haben in großem Maße der Beifall unserer Leser und besonders unserer Leserinnen gefunden. Wir sind der festen Überzeugung, daß dieses auch bei dem heute beginnenden Roman der Fall sein wird. Als Vorwort schreibt der Verfasser:

„Es ist nun gerade acht Jahre her, als ich in einem Parteidatei in kurzer Zeitfolge zwei Notizen fand, die in ihrer Einfachheit sehr erschütternd wirkten.“

In der einen Notiz wurde berichtet, wie ein junges Mädchen auf dem Lande in fast unmenschlicher Weise kurz vor ihrer schwersten Sunde von ihrem Bruder einsch auf die Strafe geworfen wurde. Nur durch das Mitteid einer alten Tagelöhnerin blieb das arme Mädchen, dessen Brüder kurz davor beim Militär eintrete, vor dem Schlimmsten bewahrt. Dieser Vorfall, der sich gar nicht so selten in Deutschland ereignet, zeigte, wie schullos ein alleinstehendes Mädchen, das „Mutterfreuden“ entgegenseht, in unserem Kulturstaat dasteht.

In der anderen Notiz, die bedeutend kürzer war, wurde über den Selbstmord eines Kettlers berichtet, der sich in einem süddeutschen Garnisonstadt aus einem Fenster des zweiten Stockwerks der Kaserne hinausstürzte und mit zerstückelten Gliedern sein junges Leben aushauchte. Bemerkt wurde dabei noch, daß die Tat jedenfalls durch Liebesschmerz veranlaßt worden sei. Aber schon vierzehn Tage später konnte dann berichtet werden, daß der junge Mann durch verbüßungswürdige Misshandlungen seitens eines Sergeanten in den Tod getrieben wurde. Auch dieser Vorfall ist leider nicht so selten in unserem vielgepriesenen deutschen Vaterland zu verzeichnen.

Diese beiden Vorfälle prägten sich tief in mein Gemütt und kurz darauf begann ich, den Roman „Mutterfreuden“ niederzuschreiben. Da ich selbst Proletarier bin und mittler im Kampfe der Arbeiter gegen das herrschende System stehe, glaubte ich mich für befähigt, auch aus dem Proletarierleben voll und ganz schöpfn zu können. In vielen, vielen Nachstudien reichte ich Zeile an Zeile, Kapitel an Kapitel, durchlebte ich oft mit siebenjährigen Pulsen die schmählichen Ungerechtigkeiten, die das arbeitende Volk noch heute zu erdulden hat.

So ist denn ein echter, echter Proletariertroman entstanden, geschrieben nur für das arbeitende Volk. Wenn auch noch hier und da kleine belanglose Unredenheiten vorhanden sein mögen, so sollte der Leser bedenken, daß es ein Erstlingswert ist und sofort ohne jede Umarbeitung zum Absatz gelangte. Daß aber in dem Roman „Mutterfreuden“ das richtige für das arbeitende Volk getroffen ist,

beweisen mit die vielen günstigen Kritiken von Redakteuren der Partei Blätter, die darin gipfeln, daß der Roman den vollen Beifall der Leser gefunden hat.

Doch mögen nun die Leser selbst urteilen und prüfen, ob es mit gelungen ist, aus dem arbeitsreichen und emportreibenden Proletarierleben ein wahrheitsgemäßes Gebilde zu schaffen. Sollte das befürchtet werden, dann würde sich niemand mehr darüber befreien als der Verfasser.“

Kapitel 1.

Es war ein tödlicher Herbstsonntag. Die langsam dahinterstehende Natur schien noch einmal freudig hoch anzutun, ehe sie sich dem herannahenden Winter bedingungslos ausliefern mußte. Alles war von jenem würzigen, reinen Luftduft durchtränkt, welchen wir Menschenkinder ätherisch nennen. Klar und fast durchsichtig erschienen dem Auge selbst die entferntesten liegenden Gegenstände und wenn nicht der in ferner Weite entzündende Horizont dem Auge ein Halt geboten würde, hätte man glauben können, bis in die Unendlichkeit schauen zu dürfen. Und die Sonne, unsere Königin des Lichts, vertriebte verschwenderisch eine wohltuende, flimmernde Wärme über diese Landschaft, als wenn sie den Menschenkindern erzählen wollte, daß es eigentlich niemals mehr auf dieser schönen Welt Gram und Herzbleid geben dürfte.

Von alledem schien aber das junge Menschenpaar, welches sie in sich versunken dahinwanderte, nichts zu bemerken. Lose seinen rechten Arm um ihre Schulter gelegt, verjüngte der junge Mann sein schluchzendes Kind zu trösten. Bald hatten sie eine kleine Anhöhe erreicht, welche im Rücken von einem kleinen Kornwalldörfchen umgrenzt wurde. Langsam und schweigend ließen sie sich auf das weiche, schwelende Moos nieder. Dann setzte er behutsam das Haupt seines weinenden Schatzes an seine Brust und läßte ihr einige hervorquellende Tränen hinweg.

„Jetzt aber nicht mehr weinen, mein lieber Schätzchen,“ bat er leise. „Es ist nun einmal geschehen und da heißt es mutig und stark bleiben. — Eine dumme Gedanke ist es ja freilich. — Du kannst dich doch etwas nicht irren?“

Das tränentrasche Gesicht langsam zu dem Tragenden wendend, fuhrte sie:

„Erst wollte ich auch nicht so recht dran glauben, bis mich vorgesetzte unsere Bäuerin ins Gebet nahm. Sie fragte so lange und eindringlich, daß ich ihr die Wahrheit nicht mehr verbergen konnte. Dann meinte sie, mich lange anblickend, sie habe in der letzten Zeit schon bemerkt, daß es nicht ganz richtig mit mir sei. Ich wäre nicht mehr so klein wie du, auch wärde ich eine andere gemorden. Dann hatte es schon seine Richtigkeit damit, sagte sie. Ein langes und breites hat sie mir auch erzählt von ihrem verstorbenen Martele, ihrem einzigen Kind. Weißt du,

Ernst, sonst ist unsere Bäuerin immer so still und wortlos, kaum daß sie zehn Worte am Tage mitunter spricht. Wenn sie aber von ihrem toten Kind erzählt, dann kann sie Stundenlang sitzen und hört nicht auf, immer wieder zu wiederholen, wie lieb und gut ihr kleines Mädchen war. O, Ernst, wie muß sie das kleine Ding lieb gehabt haben! Sechs Jahre ist ihr Martele alt geworden. Wie hat sie's gehabt und gepflegt. Es war eben ihr ein und alles. Aber nichts wollte helfen. Der Doktor hatte das kleine Ding schon längst ausgegeben, weil es ja fürchterlich zart und schwach schon von Geburt war; bis es den Kreuzhusten bekam. Das konnte das zarte Ding nicht aushalten und so starb es denn. Noch jetzt erzählt unser alter Einjähriger, wie damals die Bäuerin die kleine Leiche nicht fortlassen wollte. Wie eine Wahnsinnige sie umhergefahren, als der Sarg in das Grab gelassen wurde. Monatelang hat sie dann im Frieder gelegen, um endlich wieder langsam zu genesen. Und noch heute, nach zehn Jahren, lebt sie mit noch im Geiste mit ihrem Kind. Jede Woche am Dienstag an welchem Tage man ihr Liebster hinausbrachte, sieht man sie an dem kleinen Hügel auf dem Kirchhofe sitzen. Dort erzählt sie ihrem Martele all ihren Gram und ihre Sehnsucht. So macht sie noch bis auf den heutigen Tag. — Ist das nicht rührend, Ernst?“

Der sah hinüber nach den kahlen Feldern, welche nur ab und zu von saftigen grünen Wiesen unterbrochen wurden. Dann nickte er summend und sie näher an sich ziehend, meinte er ausdrücklich:

„Wie man sich doch manchmal täuschen kann. Ich hätte nicht geglaubt, daß in diesem kleinen märtyrischen Weibe so viel Herz und Gemüth vorhanden wäre. Dann muß sie ja im Grunde einen edlen Charakter besitzen.“

„Den hat sie auch,“ erwiderte zufriedend Setzchen. „Doch sie märtyrisch und meistens verdrossen ist, kann man ihr nicht verdenken, denn der Bauer ist ein fahzornger Mensch und hatte in der ersten Zeit seiner Ehe einen ordentlichen Haß auf seine Weib, weil sie ihm keinen Sohn geboren hatte, der einfallslos das blühende Brotbergamt übernehmen könnte. So hat er auch keine Kinder und was immer in einer Art, was einmal wohl aus seinem schönen Gute werden würde. Aber Respekt hatte er jedoch vor seinem Weibe. Wenn dann manchmal sein Jährling durchzogen wird, so sieht sie ihn furchtlos mit ihren durchdringenden grauen Augen an und sagt drohend: „Kommst du an unser Martele! Dieses Zauberwort hat noch eine Wirkung verloren. Des Bauern Zorn verlädt fast im Raume und lange Zeit haben wir dann Rübe vor seinem Schuppen und Säseln. Es liegt aber in den paar Worten der Bäuerin ein eigenartiger Ton, wie ich es noch von keinem Menschen habe gehört.“ Wie eine Überirdische sieht sie vor ihm, die eben sonst klein und schmächtig ist. Nur einmal hab' ich's mit ausgestoßen.“

Fortgesetzt folgt.

Männer und Frauen Lübecks!

Tretet der deutschen demokratischen Partei bei.

Anmeldungen: Geschäftsstelle Beckergrube 1, Ecke Breite Strasse.

6402

Die Geschäftsräume

der öffentlichen Rechtsauskunftsstelle
Geschäftszeit werktäglich von 8—1½ und 4—7 Uhr
Sprechst.
10½—1 5—7

des Erziehungsamtes
Geschäftszeit werktäglich von 8½—1½ und 4—7 Uhr
Sprechst.
10—1 1 Uhr

des Lübecker Landes-Ausschusses für Kriegsverletzte
Geschäftszeit werktäglich von 8—1 und 3—6 Uhr
Sprechst.
10—1 1 Uhr

der Dohlebaselasse für Kriegsgeschädigte
werktäglich von 10—1 Uhr

der Fürsorge für kinderreiche Familien
werktäglich von 10—1 Uhr

der Fürsorgevermittlungsstelle
werktäglich von 10—1 Uhr

der öffentlichen Schreibstube
Geschäftszeit von 9—1 und 3—7 Uhr
und verlegt in das

Bekanntmachung

betr. die Weihnachtsferien.

Wegen des andauernden Kohlenmangels wird der Unterricht in den öffentlichen Schulen in der Stadt und den Vorstädten sowie im Eingemeindungsgebiet Sonnabend, dem 14. Dezember 1918, geschlossen und Donnerstag, dem 9. Januar 1919, wieder aufgenommen werden. 6887

Lübeck, den 4. Dez. 1918

Die Oberfinanzbehörde.

Johanneum.

(Reform-Realgymnasium Frankfurter Systems.)

Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich wochentags 10½—11½ Uhr, auf vorherige Anfrage auch zu anderer Zeit, im Gebäude des Katharineums, Königstraße 27, 1. Tr. links, zu sprechen. Die Anmeldungen für Ostern 1919 sind bis 20. Dezember zu bewirken. (Fernsprecher: Schule 580, Privatwohnung 1495). 6400

Dr. Stodte, Direktor.

Allgemeine Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß sämtliche An- und Abmeldungen der versicherungspflichtigen Mitglieder von deren Arbeitgeber innerhalb drei Tagen nach Beiritt und Bekündigung der Reichsfläche erfolgen hat. Ebenso ist jede Wohnveränderung, welche eine Versetzung in eine andere Beirockstufe bedingt, binnen drei Tagen zu melden. Zuwiderhandlungen werden nach §. 12 Abs. 6 und 7 der Satzung bestraft. Gutin, den 29. Nov. 1918.

Der Vorstand

ges. S. Steenboeck, Vorstand.

6407

Wohlfahrtsamt

Unterfrage 104. — Fernsprecher 1055—61.
Im Sonnabend nachmittag sind bis auf weiteres die Geschäftsräume aller Abteilungen geschlossen.

Bekanntmachung

betreffend Fleischverkauf.

Bei der Woche vom 2. Dezember bis 8. Dezember 1918 wird Fleisch und Fleischwurst ausgetragen, und zwar muss auf jede Fleisch- und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Fleisch gewünscht wird. Entsprechend dieser Verteilung ist jede Fleischmarke, die den Aufdruck "10 Anteil" trägt, mit 10 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bezahlen. Lübeck, den 8. Dezember 1918. 6895

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend Hausschlachtungen.

Nach Anordnung des Deutschen Finanzministeriums des Reichsernährungsministeriums müssen Hausschlachtungen am 31. Dezember 1918 abgezogen werden. Nach dem 31. Dezember 1918 wird die Erlaubnis zur Bezeichnung von Hausschlachtungen nicht mehr erteilt. Lübeck, den 4. Dezember 1918. 6896

Fas Polizeiamt.

Verhaftung zum Weihnachtsfest.

Um Gewissheit mit dem Soldaten- und Arbeiterrat vertrat das Polizeiamt:
In den letzten beiden Sonntagen vor dem Weihnachtsfest, am 15. und 22. d. Mts., dürfen die Wachen von 10 Uhr vorwiegend bis 8 Uhr nachmittags öffnen sein. Lübeck, den 8. D. 6897

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Infolge einer Erhöhung der Vergütung an die Beleiterinnen darf bei Verförderung anstehender Güter nur auch die Gehürt mit volle Verförderungen erhöht werden. Erhöhung C. 1. der Verordnung der Postverwaltung vom 23. März 1918 wird daher wie folgt

4. Bei Verförderungen von Gütern mit ansteigenden Transportkosten auger vorliegenden Bedenken:
Bei Belieferung von Beleiterinnen für jede Beförderung bis zur Dauer von 3 Stunden M. 4.20 mit jeder weiteren angefangene Stunde M. 2.10 bei Belieferung von Gütern für jede Dose M. 1.20 Verhörend die Beförderung tritt am 15. d. Mts. in Kraft. Lübeck, den 4. Dezember 1918. 6898

Die Behörde für das Neueröffnungsamt.

Umsatzsteuer.

Die vorbeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der Umsatzsteuerpflichtigen Fingale für Augustgegenstände im Monat November d. J. sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Dezember d. J. schriftlich einzurichten oder mundlich abzugeben. Vorbrüche können im Steueraus, Zimmer Nr. 7, sofort annehmen werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden. Lübeck, den 8. Dezember 1918. 6899

Das Umsatzsteueramt.

Besitzsteuer.

Von dem zweiten Jahresbetrag der Besitzsteuer ist die zweite Hälfte bis zum 15. Dezember d. J. zu entrichten.

Lübeck, den 15. November 1918. 6900

Das Besitzsteueramt.

Verkauf von Brennholz im Armen-Arbeitshaus.

Der Verkauf findet von heute ab nur für Einwohner der höheren Stände statt und zwar von 9—10 Uhr vormittags und von 2—3 Uhr nachmittags. Die Verkaufsstätte für die Einwohner der Vorstädte wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Lübeck, den 4. Dezember 1918. 6901

Der Ansitz für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betr. die Weihnachtsferien.

Wegen des andauernden Kohlenmangels wird der Unterricht in den öffentlichen Schulen in der Stadt und den Vorstädten sowie im Eingemeindungsgebiet Sonnabend, dem 14. Dezember 1918, geschlossen und Donnerstag, dem 9. Januar 1919, wieder aufgenommen werden. 6887

Lübeck, den 4. Dez. 1918

Die Oberfinanzbehörde.

Johanneum.

(Reform-Realgymnasium Frankfurter Systems.)

Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich wochentags 10½—11½ Uhr, auf vorherige Anfrage auch zu anderer Zeit, im Gebäude des Katharineums, Königstraße 27, 1. Tr. links, zu sprechen. Die Anmeldungen für Ostern 1919 sind bis 20. Dezember zu bewirken. (Fernsprecher: Schule 580, Privatwohnung 1495). 6400

Dr. Stodte, Direktor.

Allgemeine Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß sämtliche An- und Abmeldungen der versicherungspflichtigen Mitglieder von deren Arbeitgeber innerhalb drei Tagen nach Beiritt und Bekündigung der Reichsfläche erfolgen hat. Ebenso ist jede Wohnveränderung, welche eine Versetzung in eine andere Beirockstufe bedingt, binnen drei Tagen zu melden. Zuwiderhandlungen werden nach §. 12 Abs. 6 und 7 der Satzung bestraft. Gutin, den 29. Nov. 1918.

Der Vorstand

ges. S. Steenboeck, Vorstand.

6407

Konsumverein für Elbefeld und Lung.

e. G. m. b. H.

Spezial-Warenabgabestelle Königstraße 111.

Wir empfehlen für das Weihnachtsfest:

Spielwaren

in jeder Art und Ausführung.

Neueste Gesellschaftsspiele, Legespiele, Baufässer, Hühnerhöfe, Schafherden, Burgen und Schiffe.

Puppen

Puppentaustattung, Puppenschneiderei, Stickkästen.

Kinder-Kaffeeservice.

Bilderbücher, Märchenbücher, Jugendschriften.

Um eine möglichst zufriedenstellende Bedienung zu gewährleisten, bitten wir um rechtzeitigen Einkauf. 6410

Lübecker Straßenbahn.

Infolge der drohenden Kohlennot wird ab 6. Dezember 1918 ab der Fahrplan, welcher ab 15. November 1918 gültig war, weiterhin eingeschränkt wie folgt:

Die Linien 3 und 4 erhalten wieder 20-Minuten-Betrieb. (Siehe Fahrplan vom 15. November 1918). Linie 6 wird eingestellt.

Linie 10 wird zwischen Kohlmarkt und Abzweigung Friedhofs-Allee eingestellt. In der Friedhofs-Allee verkehrt ein Pendelwagen im Anschluß an Linie 8. (Siehe Fahrplan vom 15. November 1918).

Einmal wird auf sämtlichen Städtilinen der Betrieb gegenüber dem Fahrplan vom 15. November 1918 um eine Stunde früher geschlossen.

Der Betrieb auf den Linien 12, 14 und 15 bleibt vorläufig unverändert.

Da überbesetzte Wagen mehr Strom verbrauchen wie normal besetzte, so ist eine Überfüllung der Wagen auf keinen Fall mehr zulässig.

Die Fahroäste werden dringend ersucht, den diesbezüglichen Anweisungen des Fahrpersonals unbedingt Folge zu leisten. Lübeck, den 5. Dezember 1918. 6420

Ausgabe der Feuerungskarten für Dezember 1918 im Amtsgericht, Zimmer 8.

1. Tremkamp, Berliner Straße, Villenkolonie, Cleverbrücke u. Wasserwerk: Freitag, 6. Dez., vorm. 9—11 Uhr.

2. Auguststr.: Freitag, 6. Dez., vorm. 11—12 Uhr.

3. Lübecker, Schiller-, Solbadstraße: Sonnabend, 7. Dez., vormittags 9—11 Uhr.

4. Kaltenhöfer Straße und Marienholm: Sonnabend, 7. Dez., vorm. 11—12 Uhr.

5. Bahnhofstraße, Markt, Rensfelder, Geibel- und Schulstraße: Montag, 9. Dez., vorm. 9—11 Uhr.

6. Ronau-Allee, Gutin, Pariner Straße und Töpferberg: Montag, 9. Dez., vorm. 11—12 Uhr.

7. Nieselsbach, Peter-, Elisabeth-, Nikolaus- und Wilhelmstraße: Dienstag, 10. Dez., vorm. 9—11 Uhr.

8. Bismarck-, Walde-, Molte- u. Roontz.: Dienstag, 10. Dez., vorm. 11—12 Uhr.

Bad Schwartau, den 5. Dezember 1918. 6418

Der Stadtmagistrat.

Francke.

Beizählung.

Haushaltungen, die Vieh (Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh oder Kaninchen) besitzen, und bei denen bisher ein Zähler nicht erschienen ist, haben ihren Viehbestand sofort dem Statistischen Amt, Braunschweiger Straße 2/4 I., zu melden. 6419

Lübeck, den 5. Dezember 1918.

Das Jugendamt.

Bekanntmachung.

Die Beratungsrunde der Zärglings- und Kleinkindersfürsorge IV findet in Zukunft am Donnerstag jeder Woche nachmittags von 2½ bis 4 Uhr in der Baracke des Schulhauses Heinrichstraße 19/21 statt.

Lübeck, den 3. Dez. 1918. 6421

6388 Das Jugendamt.

Aus dem Felde zurückgekehrt nehme ich meine ärztliche Praxis wieder auf.

Dr. med. Jacob Meyer

Eichenburgstraße 18.

Sprechstunden 8—9 Uhr vorm.

8—4 Uhr nachm.

Telephon Nr. 1242.

Pferde-Bersteigerung

der überzähligen arbeitsverwendungsfähigen Pferde des Inf.-Regts. „Lübeck“ (3. Han.). Nr. 162 am Freitag den 6. 12. 18, 9 Uhr vorm. auf dem Kasernehof Martini. Es kommen zum Verkauf:

3 Reitpferde

80 schw. Jagdpferde

100 L. Jagdpferde

davon Tragpferde (Parades)

6 Esel.

Jeder Interessent muss sich bei Beginn der Bersteigerung durch einen Personalausweis seiner Zwischenbehörde (Landwirtschafts-, Handelskammer, Gemeindevorsteher) ausweisen, in dem vermerkt ist, wieviel Pferde er erwerben darf. Ausweise von Pferdehändlern und von Persönlichkeiten ohne Ausweis ist verboten. Bei Beginn der Bersteigerung haben die Interessenten die Bersteigerungsordnung (nach dem Demobilisierungsalter und den Zusatzverträgen der Arbeiter- und Soldatenkasse) schriftlich anzuerkennen. 6401

Sofortige Zahlung, gegebenenfalls Zahlung durch Kriegsanklage.

Kommando des Infanterie-Regiments „Lübeck“

(3. Han.) Nr. 162

F. d. S. R.

Kriegsamt